Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

mit der wöchentlichen Unterhaltungsbeilage: Auer Sonntagsblatt.

Sprechstunde der Redaktion mit Ausnahme der Sonntage nachmittags 4—5 Uhr. — Telegramm-Adresse: Tageblatt Auererzgebirge. Fernsprecher 53.
Für unverlangt eingesandte Manuskripte kann Gewähr nicht geleistet werden.

Nr. 254 | Mittwoch, den 30. Oktober 1918 | 13. Jahrgang

Der türkische Sonderfrieden vor dem Abschluß.

Die österreichisch-ungarische Regierung rechtfertigt ihre Sonderfriedensbestrebungen. — Konstituierung des Tschechen- und Südslawenstaates. Abfall des Militärs. — Der Staatsrat in Sachsen. — Niederlage und schwere Verluste der Franzosen zwischen Oise und Aisne.

Zum Sonderfrieden Oesterreich-Ungarns.

Der österr.-ung. Minister des Auswärtigen an Lansing.

Der österr.-ung. Minister des Aeußern Graf Andrassy hat an den amerikanischen Staatssekretär Lansing folgendes Telegramm gerichtet:

Sofort nach Uebernahme der Leitung des Ministeriums des Aeußern habe ich eine offizielle Antwort auf Ihre Note vom 18. Oktober abgesandt, aus welcher Sie entnehmen werden, daß wir in allen Punkten die Grundsätze annehmen, welche der Präsident der Vereinigten Staaten in seinen verschiedenen Erklärungen aufgestellt hat. In voller Uebereinstimmung mit den Bestrebungen Herrn Wilsons zur Sicherung vor künftigen Kriegen und zur Schaffung einer Völkerfamilie haben wir bereits Vorbereitungen getroffen, damit die Völker Oesterreichs und Ungarns ihre künftige Gestaltung nach eigenem Wunsche gänzlich ungehindert bestimmen und vollziehen können. Seit dem Regierungsantritt des Kaisers und Königs Karl war es sein unentwegtes Bestreben, das Ende des Krieges herbeizuführen. Mehr wie je ist es der Wunsch des Herrschers und aller Völker Oesterreichs und Ungarns, die von der Ueberzeugung durchdrungen sind, daß ihr künftiges Schicksal nur in einer friedlichen Welt, frei von Erschütterungen, Prüfungen und Entbehrungen und Bitternissen des Krieges gestaltet werden könne. Ich wende mich deshalb direkt an Sie, Herr Staatssekretär, mit der Bitte, bei dem Herrn Präsidenten der Vereinigten Staaten dahin wirken zu wollen, daß im Interesse der Humanität sowie im Interesse aller Völker, die in Oesterreich und Ungarn leben, der sofortige Waffenstillstand an allen Fronten Oesterreich-Ungarns herbeigeführt werde und die Einleitung von Friedensverhandlungen erfolge.

Die Begründung des Sonderfriedensangebotes.

Zur Antwort der österreichisch-ungarischen Regierung auf die letzte Note Wilsons erfahren die Wiener Blätter von informierter Seite, die amerikanische Regierung habe, als Deutschland, Oesterreich-Ungarn und die Türkei sich seinerzeit an sie mit dem Waffenstillstands- und Friedensangebot wandte, nicht gleichzeitig die Antwort erteilt. Die Monarchie hat sich in formaler und verhandlungstechnischer Hinsicht dem Präsidenten Wilson völlig angepaßt. Aus der Note Wilsons gehe hervor, daß Wilson die Angelegenheit der Völker Oesterreichs nicht auf internationalen Wegen selbst entscheiden will, sondern die Nationalitäten und die Monarchie auf gegenseitige Auseinandersetzung verweisen. Diese Auseinandersetzung sei auf Grund der völligen freien Entscheidung der Tschecho-Slowaken und Südslawen bereits eingeleitet. Das kaiserliche Manifest, welches schon vor der Note Wilsons erschien, stehe im wesentlichen auf dem gleichen Standpunkt wie Wilson. Wenn die österreichisch-ungarische Regierung in ihrer Note sich bereit erklärte, ohne das Ergebnis der anderen Verhandlungen abzuwarten, falls es die Entente verlangte, abgesondert in Verhandlungen über einen Waffenstillstand und Frieden einzutreten, so bedeutet dies nicht das unbedingte Angebot zum Separatfrieden (?), sondern daß Oesterreich-Ungarn unter der Voraussetzung, daß die Entente das Verlangen nach einer gesonderten Verhandlung stellen, auch diese Bedingungen im Interesse des Friedenswerkes akzeptieren werde. Die Blätter weisen darauf hin, daß angesichts dieses Tatbestandes die großen Kämpfe an der italienischen Front von neuem in voller Klarheit zeigen, daß die Monarchie einen reinen Verteidigungskrieg führt.

Dieser Begründungsversuch ist nach unserem Dafürhalten Wortklauberei. Denn wenn hier ausdrücklich gesagt ist, daß Oesterreich-Ungarn auf Verlangen der Entente einen Sonderfrieden abschließen werde, so ist das dasselbe, als was in der gestern veröffentlichten Note an Wilson gesagt war. Und das nennt man dann „Nibelungentreue!“ . . . . .

Deutsch-österreichische Entrüstung über Andrassy.

Die deutsch-nationalen Parteien in Wien haben über die Art und Weise, wie Graf Andrassy die Note Wilsons beantwortete, tiefste Entrüstung ausgesprochen, da er sich weder mit der deutschen Reichsregierung noch mit einem Vertreter des deutschen Vollzugsausschusses vorher ins Einvernehmen gesetzt habe. Er habe so gehandelt trotz Entgegenkommens der deutschen Reichsregierung in der Versorgung Deutsch-Oesterreichs und trotz der Hilfe der deutschen Soldaten in den Alpenländern und den Karpathen für die Verteidigung Oesterreich-Ungarns. Die deutschnationale Partei erhob gegen solch unqualifizierbares Vorgehen entschieden Einspruch. Sie wird im deutschen Vollzugsausschuß darauf bringen, daß das Selbstbestimmungsrecht Deutsch-Oesterreichs unbedingt gewahrt und der Frieden im Einvernehmen mit dem Deutschen Reich durchgesetzt werde.

Oesterreichische Noten an alle Ententemächte.

Die österreichisch-ungarische Regierung hat gleichzeitig mit der oben mitgeteilten, an den Staatssekretär Lansing gerichteten Note den Inhalt derselben der französischen, Königl. großbritannischen, Kaiserl. japanischen und Königl. italienischen Regierung mit der Bitte mitgeteilt, dem darin enthaltenen Vorschlag auch ihrerseits zuzustimmen und denselben bei dem Präsidenten Wilson zu unterstützen.

Die Regierungskrise in Ungarn.

Nach Blättermeldungen ist die Betrauung des Grafen Michael Karolyi mit der Kabinettsbildung, die bereits fallen gelassen worden war, wieder in den Vordergrund gerückt. Es wird mit Graf Michael Karolyi auf der Grundlage verhandelt, daß in seinem Kabinett drei Mitglieder aufgenommen werden, die entweder neutrale Fachmänner sind oder anderen Parteien angehören.

* * *

Der ungarische Nationalrat.

Der ungarische Nationalrat hat zwei Proklamationen ausgegeben. In der ersten werden die Straßenkämpfe in Budapest am Montag Abend, über die wir schon berichteten, streng verurteilt. In der zweiten teilt der ungarische Nationalrat mit, er werde alles, was in seiner Macht stehe, tun, um den deutsch-österreichischen Volke wieder mit Lebensmitteln tatkräftig zu helfen. In erster Reihe soll die Bevölkerung der Stadt Wien nach Möglichkeit unterstützt werden. Der ungarische Nationalrat erwartet aber, daß von Oesterreich Industrieartikel an Ungarn überlassen werden.

Der Abfall Kroatiens.
Die Bildung des südslawischen Staates.

Aus Agram wird gemeldet: Gestern erschienen im Nationalrate der Militärkommandant und der Landwehrkommandant und stellten sich und die ihnen untergebene bewaffnete Macht dem Nationalrat zur Verfügung. Beide Offiziere erklärten, von nun an nur auf die Befehle des Nationalrates hören zu wollen. Im Kasernenhof des 25. kroatischen Landwehrregiments verkündete der Regimentskommandant den Anschluß des Regiments an die südslawische Armee. Die Mannschaft leistete darauf den Treueid. Auch in den übrigen kroatischen Städten haben die Truppen den Anschluß an den südslawischen Staat vollzogen. Aus verschiedenen Städten Kroatiens werden Unruhen gemeldet. Die ungarische Regierung erhielt die Meldung, daß die kroatischen Deserteure, die sich in Kroatien herumtreiben, die ungarischen Eisenbahnbediensteten angreifen und ermorden. Tatsächlich wurde vorgestern nachmittag der von Budapest nach Fiume fahrende Schnellzug auf der Station Kreuz von Pionieren angehalten und geplündert.

Der deutschböhmische Nationalrat an den Reichskanzler.

An den deutschen Reichskanzler wurde vom deutschböhmischen Nationalrat folgendes Telegramm gerichtet: Zur Tagung des Deutschen Volksrates von Böhmen in Aussig geben die Vertreter aller Stände und Gaue Deutsch-Böhmens im Namen von Millionen Deutscher aller Sudetenländer in der schwersten Schicksalsstunde des deutschen Volkes dem unerschütterlichen Gefühl unzerreißbarer Gemeinschaft mit allen ihren Stammesbrüdern Ausdruck und bitten den Reichskanzler, die deutsche Reichsregierung zu versichern, daß Deutsch-Böhmen auf Grund seines Selbstbestimmungsrechtes unbeugsam sein Schicksal mit dem deutschen Volke verbunden sehen möchte.“

Im allgemeinen hält man in Deutsch-Böhmen an dem Standpunkt fest, daß sich Deutsch-Böhmen dem tschechisch-slowakischen Staate nicht unterordnet. In diesem Sinne lauten alle bisherigen politischen Kundgebungen der Deutsch-Böhmen. Eine große Gegenaktion der Tschechen steht unmittelbar bevor.

Kundgebung in der Wiener Hofburg.

Vorgestern kam es im Burghofe in Wien zu einer großen Huldigung für den Kaiser und die Kaiserin. Als die abgelöste Wache mit der Regimentsmusik abmarschierte, wurde die zahlreich angesammelte Menge an einem offenen Fenster des Amalientraktes der Majestäten gewahr. Die Menschenmenge sammelte sich unter dem Fenster und bereitete ihnen eine stürmische Huldigung. Der Kaiser und die Kaiserin dankten, was immer neue Kundgebungen für das Herrscherpaar auslöste. Als der Kaiser und die Kaiserin sodann im Automobil die Hofburg verließen, drängte sich die Menge an die Fenster des Wagens heran und rief dem Kaiserpaar ihre Grüße zu.

* * *

Die Konstituierung des Tschechenstaates.

In Prag ist am Montag die Regierungsgewalt durch den tschechischen Nationalrat übernommen und der tschechische Staat errichtet worden. Die Umwälzung ist ohne ernstliche Ruhestörung vor sich gegangen. Nach Eingang der Nachricht von dem Sonderfriedensangebot Oesterreichs trat das Präsidium des tschechischen Nationalausschusses zu einer Sitzung zusammen. Am Mittwoch begaben sich Vertreter des Nationalausschusses zur Statthalterei. Da der Statthalter nach Wien abgereist war, gab der Vertreter des Nationalausschusses dem Vizepräsidenten bekannt, daß der Nationalausschuß die öffentliche Verwaltung übernehme und die bisherigen Gesetze und Verordnungen bis auf weitere Entscheidungen in Kraft bleiben. Die Uebergabe aller Angelegenheiten in die Hände des neuen tschecho-slowakischen Staates werde bei völliger Ruhe und Ordnung erfolgen. Hierauf begaben sich die Vertreter des Nationalausschusses zum Präsidenten des Landesverwaltungskomitees, dem sie ankündigten, daß der Nationalausschuß das Landtagsgebäude nebst dem Landtagssaal übernehme. Die Arbeiten der Landesbeamten würden ungestört vor sich gehen. Vormittags war auch die Kriegsgetreideverkehrsanstalt in die Verwaltung des tschecho-slowakischen Staates übernommen worden. Der Nationalrat hat dann in einem in tschechischer Sprache abgefaßten Zirkulartelegramm „An alle“ folgende Anordnung bekanntgegeben:

„Die Proklamation des tschecho-slowakischen Staates hat bei der Säule des heiligen Wenzel auf dem Wenzelplatze in Prag um 11 Uhr vormittags stattgefunden. Sofort alle Abzeichen des gewesenen österreichischen Landes entfernen. Alle Anfuhr in Wagenladungen und von Stückgütern befördern. Nach Wien und nach Deutschland sofort alles aufhalten. Nach Prag ist der Verkehr telegraphisch anzumelden, wegen Disposition durch Nationalrat. Der Verkehr im Inland sei unverzüglich in gutem Zustand zu erhalten. Es lebe der tschecho-slowakische Staat. Dr. Zarabnip.“

Die Mitteilung dieser Verordnung wurde auch den Behörden in den deutschen Teilen Böhmens